

An der Grenze

Im Münchner Südwesten steigt die Angst vor den Auswirkungen des Wachstums. 450 Menschen fordern bei der Bürgerversammlung mehr Mitsprache, weniger Neubauten und ein Konzept gegen die Verkehrsprobleme

VON JÜRGEN WOLFRAM

Fürstenried – So viel Volksauflauf war selten im Münchner Südwesten: Bei der Bürgerversammlung für den Stadtbezirk 19 haben sich zeitweise gut 450 Menschen im Saal des Stadtteilzentrums an der Züricher Straße zusammengedrängt. Vielen von ihnen ging es darum, dem Rathaus in aller Deutlichkeit zu signalisieren, dass bei der baulichen Nachverdichtung für sie die Grenze des Zumutbaren erreicht ist.

Mit großer Mehrheit beschlossen wurden deshalb folgende Anträge: der sofortige Stopp der Planung weiterer Punkthäuser in Fürstenried-Ost; die strikte Einhaltung statt Änderung der Verordnung über Abstandsflächen; die Freihaltung des Geländes südlich und östlich des Siemens-Sportparks von Bebauung und seine Ausweisung als Landschaftsschutzgebiet. Die Bürger verlangen zudem eine echte Mitsprache bei Bauvorhaben anstelle bloßer Information durch die Verwaltung.

Beifall gab es für die Forderung der Architektin Irmgard Urban-Gräger, der „ungezügelter Nachverdichtung“ Einhalt zu gebieten und in Thalkirchen-Obersendling-Forstenried-Fürstenried-Solln die „kritische“ Marke von 100 000 Einwohnern nicht zu reißen, weil dies zur Zuspitzung der Verkehrsprobleme und zum Grünflächen-Schwund führen würde.

Dass im Stadtbezirk bald 100 000 Menschen leben könnten, bestätigte der Bezirksausschuss-Vorsitzende Ludwig Weidinger (CSU). Klaus Schneider, Vorsitzender des Vereins der GWG-Eigenheimer an der Berner Straße, prognostizierte unter Berufung auf eine Studie sogar, dass der Stadtbezirk 19 bis 2030 der zweitgrößte in ganz München sein dürfte. Dieses stürmische Wachstum zerstöre die letzten Reste des Gartenstadtcharakters, führe zu einer

Die Stadt kauft den Siemens-Sportpark, derzeit werden die Verträge gemacht

„desolaten Parkplatzsituation“, übersteige die Leistungsfähigkeit der sozialen Infrastruktur und treibe die U-Bahn-Linie 3 „an die Kapazitätsgrenze“. Insgesamt drohten Verhältnisse „wie in Neuperlach und am Hasenberg!“, beklagte Schneider. Ein Sprecher der Bürgerinitiative Pro Fürstenried forderte, bei dem ganzen „unstrukturierten Aktionismus“ wenigstens ein Wäldchen an der Forst-Kasten-Allee zu schonen und eine Busverbindung von der Appenzeller Straße zu den Ladenzentren in Neuried im Landkreis München einzurichten.

Zum Bild eines entgleisenden Wachstums gehören für mehrere Versamm-

lungsräder die Verkehrsverhältnisse im Münchner Süden. Mit ortsfremden Lkw und Anhängern sowie Pendler-Pkw hoffnungslos zugeparkte Straßen in Forstenried, eine oft überfüllte U 3, „untragbare Zustände“ wegen der wiederholten Langzeit-Sperrung des Südzugangs zum Sollner S-Bahnhof, ein fehlender Ticketautomat am S-Bahnhof Siemenswerke, Lücken im Radwegenetz – an Kritik und Verbesserungsvorschlägen herrschte auch bei diesem Themenkomplex kein Mangel. Dem Antrag eines Thalkirchner, für Teile seines Stadtviertels eine Anwohner- und Parklizenzen einzuführen, gab die Versammlung verständnisvoll statt. Zustimmung erhielt ebenso Anke Sponer vom Verein Verkehrsberuhigung München, die eine breite öffentliche Diskussion über das neue Verkehrskonzept und „echte Bürgerbeteiligung“ einforderte, wie sie der Stadtrat einst versprochen habe.

Der BA-Vorsitzende Weidinger warnte indes schon mal davor, vom Verkehrskonzept für den Münchner Süden Wunder zu erwarten. „Das wird nicht der große Wurf, da geht es eher um eine Fülle von Einzelmaßnahmen“, sagte er. Zurzeit werde das Opus, auf das man „seit Monaten“ warte, einem „Feinschliff“ unterzogen. Möglichst bald soll es dann in den Gremien behandelt und auch veröffentlicht werden. Als ernstes Problem neben dem zuneh-

mend dichteren Verkehr bezeichnete Weidinger den „Mangel an Gewerbeflächen“. „Wir brauchen hier nicht nur Wohnungen. Es geht nicht an, dass ein Handwerker erst aus dem Allgäu anreisen muss, wenn man mal einen braucht“, gab er den Vertretern der Stadtverwaltung mit auf den Weg. Dringend anzumahnen sei ferner eine Forcierung der geplanten Schulerweiterungen. Und das „Bekanntnis“ zur Unterbringung von Flüchtlingen bleibe gekoppelt an die Zusage, diese gleichmäßig über das gesamte Stadtgebiet zu verteilen. Das habe bisher „weitgehend“ funktioniert. Weidinger erneuerte ferner die Forderung des Bezirksausschusses, das Bürgerbüro in Fürstenried zu erhalten und auszubauen. Weil demnächst die Bücherei aus dem Forumskomplex ausziehe, sei dies leicht möglich.

Wenig gute Nachrichten für den Münchner Süden? Eine immerhin hatte der Versammlungsleiter, Bürgermeister Josef Schmid (CSU), mitgebracht: Die Stadt kaufe den Siemens-Sportpark, kündigte er an, die Verträge würden im Planungsreferat gerade unterschriftsreif gemacht und dem Stadtrat vor der Sommerpause vorgelegt. Doch schon die Hoffnung von Bürgern, der MVV könnte ein 365-Euro-Jahresticket einführen, musste Schmid wieder enttäuschen: Die Einnahmeausfälle wären zu hoch.



Im Süden haben die Bauprojekte enorm zugenommen, an der Winterthurer Straße ist das Vorhaben wichtig für die Infrastruktur: Stadtparkassen-Vorstand Bernd Hochberger (li.) und SPD-Stadtrat Hans Dieter Kaplan kürzlich beim Richtfest für die Sparkassen-Anlage mit 84 Apartments, Ärztehaus und Supermarkt. FOTO: SSKM

Echte Helden

Im Stadtbezirk 19 gibt es noch echte Helden, jedenfalls für Hans Jürgen Erlebach. Der Leiter der Polizeiinspektion 29 Forstenried bescheinigt den Schulweghelfern in seinem Revier, einen „tollen Job“ zu machen. Ansonsten haben es der Polizeirat und seine Kollegen nicht allzu häufig mit Vorbildern zu tun.

Wie aus den „Eckdaten 2016“ hervorgeht, die Erlebach auf der Bürgerversammlung präsentierte, wurden im Bereich der PI 29 im vergangenen Jahr 2934 Straftaten registriert. Das ist zwar ein Rückgang zum Vorjahr um 3,6 Prozent, in einigen Bereichen jedoch gab es Steigerungen. Die Wohnungseinbrüche, 80 an der Zahl, stiegen um 16 Prozent, die Sexualdelikte, meistens exhibitionistische Handlungen, von 21 auf 30 Fälle. Erfreulich laut Erlebach ist der Rückgang der Fahrraddiebstähle um 21 Prozent. Er warnte vor Trickbetrügereien, die nicht mehr so oft als Enkel auftreten, sondern vermehrt als Polizisten, die Geld und Schmuck „in Sicherheit bringen“ woll-

ten. Unterm Strich sei der Stadtbezirk dennoch „sehr sicher“. Mehr als 12 000 Einsätze haben die Beamten der Forstenrieder Inspektion 2016 auf Trab gehalten, tausend mehr als im Jahr zuvor. Das habe mit einer starken Zunahme von Personen- und Objektschutzaufgaben zu tun, etwa bei der Sicherheitskonferenz sowie auf der Wiesn. Ein dicker Brocken der Polizeiarbeit sind die Unfälle. 1926 Mal hat es vergangenes Jahr gekracht, ähnlich oft wie 2015. Traurige Bilanz: 269 Verletzte, davon 105 Radler. Vor allem Letzteren rät Erlebach, „nicht so proaktiv zu fahren“. Zu beklagen gewesen seien neun Schulwegunfälle und der Tod einer Motorradfahrerin. Sorgen macht der Polizei die steigende Zahl von Verkehrsteilnehmern unter Alkohol- oder Drogeneinfluss. 250 Verstöße dieser Art seien es 2016 gewesen. Erlebach bestätigte Probleme, die das Bevölkerungswachstum und damit die Zunahme der Autos mit sich brächten: „Viele wissen nicht mehr, wo sie noch parken sollen.“ WOL

„Es reicht“

Nachbarn und Lokalpolitiker kritisieren neues Bauprojekt aus dem Programm „Wohnen für alle“ im Hasenberg!

Hasenberg! – „Wohnen für alle“, das Bauprogramm der Stadt für Geringverdiener und Flüchtlinge, stößt in vielen Stadtvierteln auf Widerstand. Die Bebauung der Truderinger Unnützwiese hat Oberbürgermeister Dieter Reiter (SPD) nach heftigen Protesten gekippt, in Allach musste der Bauträger nach Rügen aus dem Viertel jüngst seine Planungen ändern. Ein „Wohnen für alle“-Projekt mit 30 Wohnungen im Hasenberg! steht nun ebenfalls in der Kritik. Der Bezirksausschuss Feldmoching-Hasenberg! hat der Planung jetzt eine Abfuhr erteilt. 30 bis 40 Nachbarn haben ihre Unterschrift unter eine Liste gesetzt, die sich gegen das Projekt der städtischen Wohnungsbaugesellschaft GWG an der Fortnerstraße ausspricht.

Alois Stern hat die Unterschriften gesammelt, er wohnt seit 45 Jahren im Hasenberg!. Stern meint, es solle im Hasenberg! keine weiteren Bauverdichtungen

geben: „Es reicht.“ Er wendet ein, dass die Bebauung auf einer der letzten Grünflächen in unmittelbarer Umgebung im nördlichen Hasenberg! geschehen solle. Die GWG will etwa 18 Wohnungen als Einzelzimmer ausweisen, die restlichen zwölf als Zwei- und Drei-Zimmer-Apartments. Geschehen soll das in vier Geschossen. Anwohner Stern hält das architektonisch für nicht verträglich mit dem Bestand. In dieser Dichte werde es zu Spannungen zwischen den Bewohnern kommen, das würde möglicherweise die Integration der Flüchtlinge gefährden. Auch sei ihm nicht klar, wo ausreichend Parkplätze für die Zuzügler geschaffen werden sollten. Fazit: „Der Bau passt da nicht hin.“

Die Mahnungen der Lokalpolitiker gehen in eine ähnliche Richtung. Der Stellplatzschlüssel sei zu niedrig angesetzt, meint der Bezirksausschuss-Vorsitzende Markus Auerbach (SPD), an anderen Pro-

jekten von „Wohnen für alle“ habe man gesehen, dass mehr Bewohner ein Auto hätten als angenommen. Auch der Bezirksausschuss ist überzeugt, dass der Bau zu groß sei und zu nahe an den Bestandsbauten stehe, die vier Geschosse nicht in die Umgebung passten und auch nicht mit dem Bebauungsplan vereinbar seien.

Sobald die Pläne konkret sind, wird der Bezirksausschuss informiert

Auch wären mit einer Bebauung die Sichtachsen in Richtung zum Schloss Schleißheim und in die Innenstadt gesperrt. Auerbach sagt, dass jüngste Sanierungen der Außenanlagen im nördlichen Hasenberg!, etwa in Form von Baumfällungen, schon für Wirbel und Unruhe in der Nachbarschaft gesorgt hätten.

Die GWG verweist darauf, dass die Planungen für die Fortnerstraße noch in einem frühen Stadium seien. Derzeit werde das Baurecht geprüft, sagt GWG-Presse Sprecher Michael Schmitt. Konkrete Aussagen dazu könnten derzeit noch nicht getroffen werden, bestätigt Thorsten Vogel, Sprecher von Stadtbaurätin Elisabeth Merck.

Die genaue Bebauung, so der GWG-Sprecher weiter, sei noch nicht fixiert, ob es Änderungen an den Plänen geben werde, könne man darum noch nicht sagen. Wann die GWG eine Entscheidung zu ihrer Bauanfrage erhält, sei noch nicht absehbar. Sobald die Überlegungen konkreter werden, wolle man frühzeitig den Bezirksausschuss einbinden. Eine Informationsveranstaltung für die Einwohner sei bei solchen Projekten üblich. „Wenn eine Bebauung kommt, wird es eine geben“, sagt Michael Schmitt. SIMON SCHRAMM